



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/86

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

14. April 1953

| | |
|---|------|
| Ungleichheit bleibt bestehen (Aus der Praxis der Montan-Union) | S. 1 |
| Der Kanzlerbesuch von USA aus gesehen | S. 3 |
| Zum deutsch-britischen Gespräch in Königswinter | S. 5 |

Am 1. Mai soll der gemeinsame Markt für Eisen und Stahl innerhalb der Montan-Union in Gang gesetzt werden.

Gemeinsamer Markt - nur für Kohle ?

F.B. Die ersten Entscheidungen der Hohen Behörde, die Montansteuer und die Kohlenausgleichsabgabe zugunsten des unrentablen belgischen Kohlenbergbaues, belasten die Bundesrepublik im Jahre 1953 mit rund 200 Mio M, während die anderen fünf Staaten zusammen nur 110 Mio M aufzubringen haben. Rechnet man die Ausfälle hinzu, die durch den Fortfall der Tarifiediskriminierungen entstehen, dann kostet uns die Montan-Union in diesem Jahre sogar 250 Mio M direkt. Indirekt wird der Verbraucher durch die Kohlepreiserhöhung und durch das Anziehen der Strom- und Gasterife zusätzlich die Montan-Union zu bezahlen haben.

Diese großartige Bekundung europäischen Geistes in der großartigen Montan-Union konnte man fast mit mathematischer Genauigkeit voraussagen. Eines gelinden Grauens können sich jetzt aber selbst die Befürworter der Montan-Union nicht erwehren, wenn sie an den 1. Mai, an dem der gemeinsame Markt für Eisen und Stahl in Gang gesetzt werden soll, denken. Es hat nämlich den Anschein, als wenn es beim gemeinsamen Markt für Kohle, an dem alle anderen Partner Interesse zeigten, weil sie möglichst viel und billig deutsche Kohle haben wollten, bleibt, die Stahlwirtschaft hingegen fast ausschließlich nationalwirtschaftlichem Dirigismus vorbehalten bleiben soll.

Ausgangspunkt des Streites sind die unterschiedlichen Steuer-

systeme in Frankreich und Deutschland, wobei Frankreich die These vertritt, daß die indirekte Steuer nicht im Erzeuger-, sondern in Verbraucherland erhoben werden soll. Was hat das in der Praxis zu bedeuten? Die steuerliche Belastung im Endpreis einer Tonne deutschen Rohstahl beträgt 33 Prozent. Beim Export nach Frankreich erhält der deutsche Produzent eine Rückvergütung von 4,68 Prozent. Auf französischem Boden tritt eine steuerliche Belastung von 20 Prozent hinzu, so daß insgesamt deutscher Stahl in Frankreich mit rund 49 Prozent belastet wird.

Unter den gleichen Voraussetzungen wird französischer Stahl auf dem Binnenmarkt nur mit 23 Prozent belastet. Bei einem Export nach Deutschland entfällt die 16prozentige französische Produktionssteuer. Selbst wenn man die sechsprozentige Belastung auf deutschem Boden einbezieht, ergibt sich eine Steuerbelastung von nur 13 Prozent für französischen Stahl in der Bundesrepublik. Dieser Zustand muß die deutsche Stahl- und Eisenwirtschaft entscheidend benachteiligen, denn man kann sich nicht vorstellen, daß unter solchen Bedingungen deutscher Stahl in Frankreich konkurrenzfähig sein kann, während umgekehrt französischer Stahl selbst in revierfernen deutschen Gebieten mit Dumpingpreisen aufwarten könnte.

Gerade das aber will Frankreich. Es hätte seinen Standpunkt schon vor zwei Monaten durchgesetzt, wenn man nicht über einen Formalfehler im Ministerrat gestolpert wäre. Die Folge war die Einsetzung des sogenannten Tinbergen-Ausschusses, der objektiv und unabhängig im Auftrage der Hohen Behörde die Steuerprobleme untersuchen sollte. Obwohl die Bundesrepublik Hauptinteressent ist, gehörte diesem Ausschuss bezeichnenderweise kein Deutscher an. Dieser Ausschuss hat in diesen Tagen seinen Untersuchungsbericht abgeschlossen, und nach allem, was man hört, soll er sich dem französischen Standpunkt angeschlossen haben, nach welchem es auch im gemeinsamen Markt nicht statthaft sei, die auf nationaler Ebene gültigen steuerlichen Ausführbedingungen bei Lieferungen in Partnerländer der Montan-Union zu annullieren. Die Hohe Behörde braucht sich an dieses Gutachten nicht zu halten, sie ist souverän. Aber nach den Vorgängen, die sich vor zwei Monaten abgespielt haben, sollte man annehmen können, daß der deutsche Standpunkt nach diesem Gutachten der Unterlegene sein wird, wobei die beiden deutschen Vertreter vermutlich allein auf weiter Flur bleiben werden.

Sollte so entschieden werden, dann hat die Montan-Union zwar einen gemeinsamen Markt für billige deutsche Kohle, aber getrennte Märkte für Stahl und Eisen mit Riesenverteilen für Frankreich. Früher als man es erwarten konnte, wird dann wahr werden, was Dr. Kurt Schumacher schon 1948 sagte, nämlich, daß die Bundesrepublik im Rahmen der Montan-Union den billigen Jakob bei Kohle abzugeben hat, während seine Stahl- und Eisenindustrie mit allen Mitteln niedergehalten werden soll.

Politische Bilanz von Adenauers Amerikareise

H.S.-New York, Mitte April

Der Beobachter auf amerikanischem Boden, der an Ort und Stelle Augen- und Ohrenzeuge des Empfanges war, den Amerika dem Kanzler der Deutschen Bundesrepublik bereitet hat, befindet sich in einer etwas heiklen Situation, wenn er seine Eindrücke von dem politischen Ergebnis dieser Mission in nüchternen und leidenschaftslosen Worten wiedergeben soll. Denn es wäre sehr leicht, sich von dem Strom von Herzlichkeit, den man dem Sprecher der Bundesregierung hier entgegengesandt hat, mitreißen zu lassen und in enthusiastischen Formeln von der brillianten Ära amerikanisch-deutscher Freundschaft zu schwärmen, die sich vorbereitet und die sich in Adenauers Washingtoner Gespräch manifestiert hat. Es wäre leicht, die geschliffene Rhetorik diplomatischer Höflichkeit wörtlich zu nehmen und dem Zeitungsläser in Deutschland das Gefühl zu geben, Adenauer habe im Triumphzug Amerika "erobert". Es wäre sogar nicht einmal glatte Lüge, solches zu berichten: Denn ein Stück Wahrheit ist dran, und Adenauer hat persönlich, als Mensch und Individuum, unleugbar einen imposanten Prestigeerfolg errungen und sich die Herzen vieler Amerikaner erobert. Aber das ist doch nur ein Teil des Gesamtbildes.

Man kann sogar noch weitergehen. Nicht nur Adenauer als Mensch und Persönlichkeit hat einen deutlichen Eindruck auf die amerikanische Öffentlichkeit gemacht, sondern auch die Bundesrepublik als Ganzes, die neue deutsche Demokratie und das deutsche Volk mit allen seinen Problemen von heute sind den Amerikanern näher gebracht worden: Es ist ja schließlich ein Unterschied, ob man von Flüchtlingsnot und Lastenausgleich nur in seiner Morgenzeitung liest, oder ob man Leute, die sich mit diesen Dingen tagtäglich auseinandersetzen haben, persönlich oder wenigstens im Fernschpiegel vor sich sieht; schon der Berliner Bürgermeister Reuter hat ja, wenige Tage vor Adenauers Staatsbesuch, als Verkörperung der "Bastion Berlin", die Sympathie und Wärme verspürt, die Amerika ihm in dieser Eigenschaft entgegenbrachte. Man darf also ohne weiteres unterstellen, daß auf dem Gebiet der psychologischen Annäherung der beiden Völker, als Beitrag zur Verbesserung der internationalen "Atmosphäre" und als

allgemeine Grundlage künftiger Zusammenarbeit im internationalen Raum das amerikanisch-deutsche Verhältnis von dem Staatsbesuch des Bundeskanzlers profitiert hat.

Das ist wichtig: Aber es ist doch bei weitem noch nicht alles. Konkret gesprochen: In den handfesten Verhandlungsgegenständen, die auf der Tagesordnung der Diskussionen zwischen Adenauer und Präsident Eisenhower und Staatssekretär Dulles standen, ist das Ergebnis sehr viel weniger imposant als im Bereich allgemeiner psychologischer Annäherungen und Freundschaftsbekundungen. Es steht zwar fest, dass Washington wie Bonn auf einen russischen Vorstoß, die Wiedervereinigung Deutschlands zu diskutieren, mit den beiden großen Voraussetzungen antworten werden, die unerblickliche Voraussetzungen jeden erneuten Gesprächs sind: Freie gesamtdeutsche Wahlen und Freilassung der noch von Rußland festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen. Es steht auch fest, daß Washington zugleich mit der Lösung der deutschen Frage die des Staatsvertrages für Österreich fordern wird - wogegen sich ebenfalls nichts einwenden läßt. Aber die Kernfrage, ob man im Falle eines solchen russischen Vorstoßes den Deutschlandvertrag und die EVG zunächst einmal auf die lange Bank schieben soll, oder ob man versuchen soll, beides dennoch durchzuzuputschen, notfalls durch erneute Konzessionen an Frankreich (um die Stimmung im französischen Parlament zu beeinflussen) - darüber ist nichts Festes vereinbart worden.

Ebenso weiß kein Mensch, was denn nun aus der Saar werden soll. Die Amerikaner mißbilligen die französische Taktik, Lösung der Saarfrage als Bedingung und Voraussetzung für die EVG zu fordern - auch wenn sie vielleicht sachlich in Bezug auf das Saargebiet dem französischen Standpunkt nicht sehr fernstehen. Und was soll endlich geschehen, wenn keine russische Friedensofferte kommt, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands weiterhin in der Schwebe bleibt - und dennoch die Französische Nationalversammlung das ganze Projekt verwirft. Welche Alternative soll dann vorgelegt werden, und welche andere Formel bereitet man vor, die Bundesrepublik in dieser oder jener Weise in das westliche Sicherheitssystem einzuschalten? Optimisten, die gehofft hatten, in dem amtlichen Communiqué über Adenauers Verhandlungen einen Hinweis auf diese Dinge zu finden, sind bitter enttäuscht worden.

Das sind bittere Tropfen in dem süßen Wein der Zuversicht, aus dem dieser Tage reichlich getrunken wurde. Adenauers Reise war kein Fehlschlag, und die Amerikaner haben ihn weder kühl noch gleichgültig behandelt - das darf man nicht sagen. Aber die Realitäten haben mit der Freundschaftsstimmung nicht Schritt gehalten, und die praktische Ausbeute ist mager. Die jubelnden Optimisten von gestern müssen wieder zu geduldigen Abwarten werden.

Deutsch-britischer Gedankenaustausch

-ler. Es war eine stattliche Reihe repräsentativer Persönlichkeiten aus Politik und Publizistik, die aus Großbritannien zum zweiten deutsch-britischen Gespräch in Königswinter gekommen waren. Leider fehlte auf deutscher Seite die entsprechende Resonanz. Ist es vielleicht eine Unterschätzung solcher Begegnungen, denen man, da sie sich im Rahmen eines zwanglosen Gespräches bewegen, keinen sonderlichen Wert beimisst, obwohl gerade diese Form des Sichttreffens und der Aussprache mehr als jeder offizielle Gedankenaustausch zur Klärung der verschiedenen Ansichten beitragen kann?

Den Briten lag sehr viel daran, die deutschen Meinungen zu ertasten; ihnen kommt in der nun nach Stalins Tod in Fluß geratenen internationalen Entwicklung ein besonderes Gewicht zu. Die Zeit ist vorbei, wo man in Europa noch Entscheidungen über die Köpfe der Deutschen hinweg fällen konnte. Ihre Stimme wird nicht mehr überhört. Das ist freilich kein Verdienst einer besonderen Partei oder der Bundesregierung, sondern Ausdruck der Tatsache, daß wir in einem weltpolitischen Spannungsfeld liegen, das mit der Empfindlichkeit eines Barometers alle Schwankungen registriert. Ob wir weiterhin ein Tummelplatz weltpolitischer Gegensätze bleiben, ist nicht ausschließlich eine Angelegenheit von Moskau und Washington; auch bei uns und in uns ruhen Möglichkeiten zur Befriedung in der Welt. Eine falsche Weichenstellung, ein unrechter Schritt zu unrechter Zeit, ein Nichtergreifen von einmaligen Chancen können den Weg des Unheils ins Endlose führen.

Die Briten sind Meister der Diskussion. Ihnen kommt es auf konkrete Fragestellung mit konkreten Antworten an. Mit solchen Phrasen wie Gesamteuropäische Lösung, globale Verständigung, mit der beinahe zum mystischen Begriff gewordenen Einheit Europas wissen sie nichts anzufangen, verbirgt sich doch allzuoft dahinter ein Mangel an nüchterner Vorstellungskraft und politisches Unvermögen. Freilich: Mit der Sicherheit ihres Weltbildes ist es auch nicht gut bestellt. Auch England, einst der politische Mittelpunkt der Welt, sieht sich genötigt, in einer Zeit, da sich die Machtzentren nach außerhalb Europas verlagerten, neue Positionen zu beziehen. Und sorgenvoll blickt es auf Deutschland, dem Herzen Europas: Welche Funktion mißt es sich selbst zu, wie soll sein künftiger Status beschaffen sein?

Die Antworten, die die Briten von deutscher Seite bekamen, mußten verwirren. Der immer wieder von regierungsdeutscher Seite geäußerte Gedanke, daß das deutsche Volk gar nicht mehr in der Lage sei, auf dem internationalen Felde initiativ zu wirken, mußte gerade die Vertreter eines Landes überraschen, das bei allen Bündnissen und Koalitionen, die es einging, doch stets auf die Wahrung seiner besonderen Bedürfnisse bedacht war. Unvorstellbar wäre aus dem Munde eines britischen Politikers etwa der Satz, daß Großbritannien sein Verhältnis zu Nordirland von den Wünschen der USA bestimmen lasse, wie ihn entsprechend abgewandelt ein bedeutender deutscher Journalist im Hinblick auf ein mögliches russisches Angebot, die Sowjetzone preiszugeben, für die Politik der Bundesregierung prägte. - Der Widerstand der Briten gegen Bindungen an supranationale Behörden ist nicht allein auf die Stellung Großbritanniens als Mutterland eines Weltreiches zurückzuführen; die Briten haben eine gesunde Furcht davor, sich der Entscheidungsfreiheit zu begeben, sie bezweifeln nicht ihre Fähigkeit mit den Problemen in freier Zusammenarbeit fertig zu werden. Dies erst erweckt und sichert die lebendige Anteilnahme der ganzen Nation. Sie bleibt Subjekt der Politik und wird nicht Objekt einer übernationalen Managerhierarchie.

Verantwortlich: Peter Raunau